

Solidarität und Zusammenhalt sind unsere Stärke

Aus dem Aufruf des Kreisvorsitzenden der LINKEN. Märkisch-Oderland, Niels-Olaf Lüders

Wir möchten, dass in dieser schwierigen Corona-Situation möglichst niemand allein gelassen bleibt. Wir müssen jetzt sowohl innerparteilich als auch darüber hinaus zusammenhalten, auch und gerade, weil es das Gebot der Stunde ist, physisch voneinander Abstand zu halten.

Wir wollen daher mit vielen Genossinnen und Genossen unserer Partei – aber auch mit Menschen, die in ihrem Umfeld Hilfe und Zuwendung brauchen – Kontakt aufnehmen. Es



Niels-Olaf Lüders

hat sich herausgestellt, dass dabei ein persönliches Gespräch am Telefon sowie eine Nachricht per Email oder Messenger-Dienst das Beste

sind. Es geht neben rein praktischer Hilfe, die so sehr gezielt angeboten werden kann, schließlich auch um menschliche Wärme. Auch das ist etwas sehr Wichtiges, gerade in dieser Zeit. Wir wollen unsere vorhandene Parteistruktur nutzen, um Kontakte herzustellen und so eine Kommunikation zwischen Hilfesuchenden und Helfer*innen ermöglichen.

Bleibt bitte alle gesund und passt auf Euch und Eure Mitmenschen auf!

Weitere Infos unter:
www.dielinke-mol.de.

8. Mai: Tag der Befreiung | Geplante Friedensfahrt von Seelow nach Karlshorst

Mit vielfältigen Veranstaltungen gedenken Menschen überall in der Welt am 8. und 9. Mai der Befreiung vom deutschen Faschismus vor 75 Jahren. Ob die geplanten Gedenkfeiern angesichts der Corona-Pandemie stattfinden können, ist ungewiss. Dennoch stellen wir hier Vorhaben in Märkisch-Oderland vor:

So wollen sich Mitglieder der LINKEN aus Berlin und MOL am 8. Mai auf eine Friedensfahrt auf die Befreiungsstecke der Roten Armee von Seelow nach Karlshorst begeben. Dabei ehren sie an mehreren Orten die Millionen sowjetischen Soldaten, die für die Beendigung des Zweiten Weltkrieges ihr Leben ließen.

Der Start ist für 10 Uhr in der Gedenkstätte Seelower Höhen, Küstriner Straße 28, vorgesehen. Von hier wollen die Teilnehmer eine

Erinnerungsfliese des historischen Ortes aus Meißner Porzellan mitnehmen und am Nachmittag im Deutsch-Russischen Museum Berlin Karlshorst Angehörigen der russischen Botschaft überreichen.

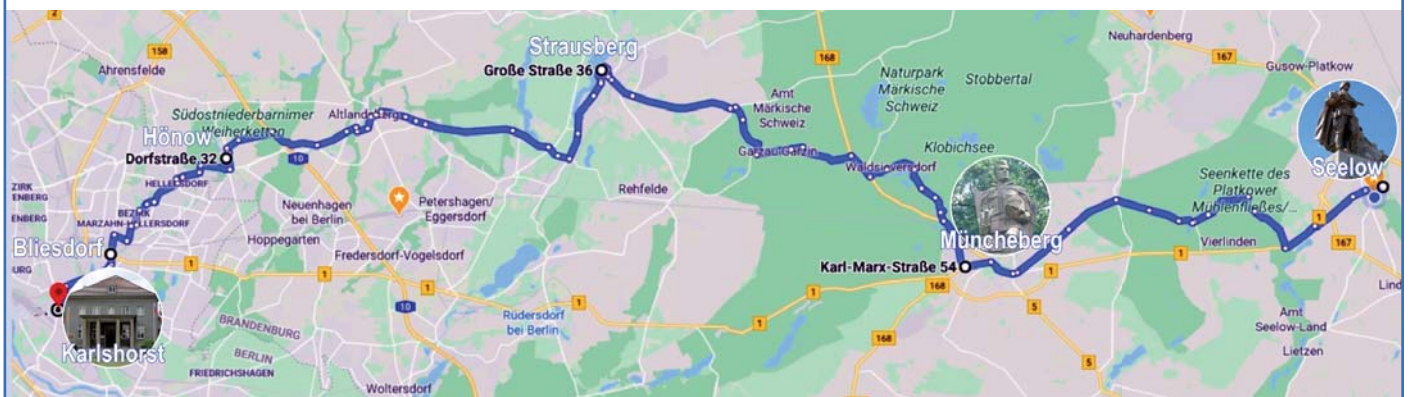
Bei ihrem geplanten ersten Halt am Sowjetischen Ehrenmal in Müncheberg, Karl-Marx-Straße 54–58, B168, beteiligen sich die Friedensfahrer um 11.30 Uhr an einer Kranzniederlegung der örtlichen Genossinnen und Genossen.

In Strausberg werden sie zwischen 13 und 14 Uhr zu einer Veranstaltung des VVN-Bund der Antifaschisten auf dem Markt, erwartet. Hier will u. a. der Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Landtag Brandenburg, Sebastian Walter, in einer Gedenkrede vor Krieg und Faschismus sowie vor aktuellen Parallelen warnen. Ein kleines politisches

Kulturprogramm soll den Nachmittag umrahmen.

Wenn die Radfahrer gegen 15.30 Uhr am östlichen Berliner Stadtrand in Hoppegarten angekommen sind, werden sie dem Erinnern der hiesigen LINKEN mit einer Rede des Bürgermeisters a. D. Karsten Knobbe auf dem Dorffriedhof Hönow, Dorfstraße 32, beiwohnen und anschließend den Weg über Berlin Biesdorf nach Karlshorst antreten.

Um 17 Uhr sollen außerdem an der Gedenkstätte Seelower Höhen auf Einladung des Kreisverbandes MOL der LINKEN Blumengebinde niedergelegt werden. Der Politiker Sebastian Walter wird auch hier erinnernde und mahnende Worte sprechen. Und der Liedermacher Torsten Riemann will mit Friedensliedern an die Vernunft der Menschheit appellieren.



9. Mai in Russland: Friedensfeste des „Unsterblichen Regiments“

Längst haben sie der Militärparade in den Augen der Bevölkerung den Rang als Großereignis am 9. Mai abgelaufen: die Demonstrationen des „Unsterblichen Regiments“ direkt im Anschluss an die Militärparade auf dem Roten Platz mit anschließenden Festen in den Moskauer Parks. Während das Wetter schon mal den Abbruch der Flugparade der Militärjets erzwingen kann wie 2017, sind die 700000 bis 900000 Menschen durch mieses Wetter nicht aufzuhalten. Überwiegend Familien, immer weniger Veteranen, viele in Rollstühlen, demonstrieren in Zivil stundenlang in bester Stimmung durch die Stadt, auf Schildern die Porträts ihrer Angehörigen, die in der Roten Armee gekämpft haben. Dasselbe in kleinerem Umfang in Sankt Petersburg und anderen Städten.

Eine private Initiative stand 2012 am Anfang dieser Märsche des „Unsterblichen Regiments“. Das Gedenken an die Menschen, die in der Roten Armee gekämpft und den entscheidenden Beitrag zur Niederlage des Faschismus geleistet hatten, sollte wachgehalten werden. Angehörige gedachten mit Porträts weitab in der Provinz der Gefallenen und Ermordeten sowie derer, die überlebt haben, jetzt aber als Zeugen nicht mehr lange zur Verfügung stehen. Jahr für Jahr beteiligten sich auch in Moskau immer mehr Menschen an den Märschen. Immer mehr Städte kamen dazu. Die Demonstrationen entwickelten sich

zu einer zivilen Alternative zu den protzigen Militärparaden. Sie tragen das kollektive Gedenken auf die Straße, das Erinnern an den von den Nazis inszenierten Vernichtungskrieg, dessen Folgen kaum eine Familie in der Sowjetunion verschonten und sein für die Rote Armee und Europa siegreiches Ende.

Dieses allgegenwärtige Gedenken an die barbarischen Folgen eines barbarischen Krieges in der russländischen Bevölkerung und die wachsende Beteiligung sind es, die Anstrengungen der „Macht“ und des Kommerzes auf den

Deutschland weiterhin in Kriegseinsätzen

Der wegen der Coronakrise spärlich besetzte Bundestag hat ein Ergänzungsmandat für den Einsatz deutscher Soldaten im Irak beschlossen. Abgeordnete von Union, SPD und FDP stimmten Ende März dafür, LINKE und Grüne lehnten das Mandat ab. Es ist bis zum 31. Oktober befristet und soll die Aufgaben neu regeln, nachdem der Einsatz von Tornado-Aufklärern von Jordanien aus zum 31. März beendet wird. Vorgehen ist der Einsatz militärischer Tankflugzeuge über dieses Datum hinaus. Zusätzlich wird Deutschland Lufttransportkapazitäten bereitstellen und ein Luftraumradar betreiben. Die laufende Ausbildungshilfe der Bundeswehr für Sicherheitskräfte im Zentralirak soll mit der NATO-Ausbildungsmission organisiert werden. (dpa/jW)

Plan gerufen haben, um es in das Korsett staatlicher Erinnerungspolitik zu zwingen. Anstrengungen wie sie keineswegs nur russlandspezifisch sind, wie alle Auseinandersetzungen um Geschichts- und Erinnerungspolitik von Deutschland über Polen bis Frankreich und Spanien zeigen.

Spätestens seit Präsident Putin 2015 erstmals an der Spitze der Demonstrationen, werden die Märsche zentral organisiert. Eine lange vor dem 9. Mai beginnende Werbekampagne mit den entsprechenden Insignien und Devotionalien – von Käppis und St. Georg-

Bändern, die auf der Straße, in Geschäften, überall verkauft werden, Fahnen ohne Ende und Schokoladenwaffen über Nachbildungen von Waffen und Uniformen für Kinder in den Supermärkten bereitet diese große nationale Aktion vor.

Deutschland sollte die historische Leistung der Roten Armee würdigen

Das alles kann aber nichts daran ändern, dass dieses große Familien- und Veteranentreffen ein riesiges, ziviles und fröhliches Friedensfest ist.

Vor allem deutsche Kommentator*innen sollten für diesen einen Moment im Jahr ihre Häme vergessen und ihre Haltung, mit denen sie diese Millionen Menschen mit den Bildern ihrer Angehörigen und vielfach mit Armeekäppi oder Fahne ihrem Publikum als willenlose Gefolgschaft staatlicher Mythenbildung präsentieren. Es wäre eine kleine medienpolitische Revolution, wenn sie in Berichten wie dem folgenden einfach den letzten Satzteil wegließen:

„Während der deutsche Raub- und Vernichtungsfeldzug in der Erinnerung der Bundesrepublik nicht einmal mit einem Gedenktag präsent ist, ist er in Russland allgegenwärtig – wenngleich überwiegend in der Form von Staats wegen gepflegter Mythen“ (Julian Hans, SZ 12.03.2017).

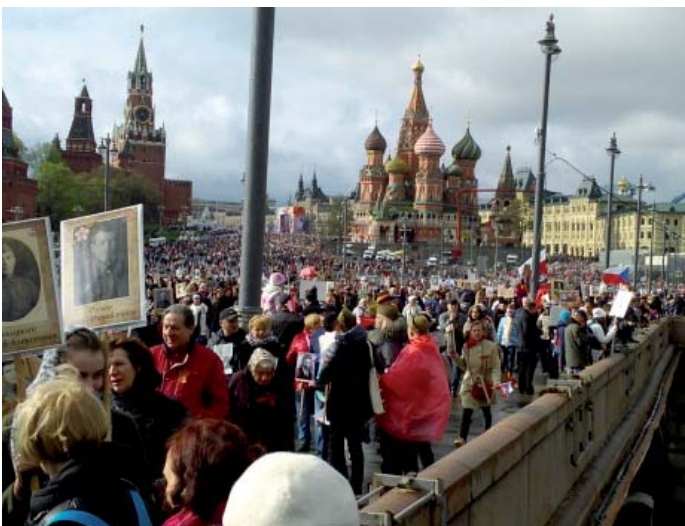
Sie träfen damit die Stimmung nicht nur der Demonstrant*innen in Russland, sondern kämen den Problemen der Geschichte be-

deutend näher. Die Abwesenheit deutscher Repräsentant*innen an diesem Feiertag wird mit Enttäuschung und Unverständnis registriert, ganz besonders, wenn es ein runder Jahrestag ist, wie der 75. Der Corona-Virus verhinderte, dass NATO-Soldaten im 75. Jahr nach der Befreiung vom Faschismus an den russischen Grenzen stehen, eben nicht die deutsche Regierung, die sich einem solchen Affront aus historischem Bewusstsein verweigert hätte.

Eine fatale Tradition deutscher Politik zeigt sich hier, die bereits am 10. Jahrestag der Befreiung von Adenauer mit dem offiziellen Beitritt der neuen Bundesrepublik Deutschland zur NATO am 9. Mai 1955 zementiert wurde. Und trotzdem – ein bisschen mehr Flexibilität abseits außenpolitischer Sonntags- und Gedenkreden hätte man sich doch als praktische Geste der Versöhnung und des Friedens in diesem Jahr gewünscht. Auch das gab es ja schon mal.

Anmerkung: Nach derzeitigem Stand ist es sehr wahrscheinlich, dass der Marsch dieses Jahr wegen Corona nicht stattfinden kann.

Albrecht Maurer
Strausberg / zurzeit Moskau



Landtagsabgeordnete im Krisenmodus



Über die Arbeit einer Landtagsabgeordneten der LINKEN in Zeiten von Corona sprach Impulse mit **Bettina Fortunato** aus Seelow.

Bettina, wie erlebst Du die gegenwärtige extreme Situation?

Wir Abgeordneten versuchen, weiter unsere Arbeit zu machen. Die Referenten unserer Landtagsfraktion, die ja nicht alle aus Potsdam kommen, arbeiten in Homeoffice. Fraktionssitzungen wurden kurzerhand in tägliche, manchmal mehrmalige Telefonkonferenzen umgewandelt. Aber, mir fehlt zu manchen Fragen oder Antworten oft die Mimik meiner Kolleginnen und Kollegen.

Wichtige Ausschüsse finden natürlich statt. Wir haben als Parlamentarier eine Verantwortung. Die können wir nicht einfach so ablegen. Die gemeinsame Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und des Innenausschusses Ende März fand in Potsdam im Plenarsaal statt. So konnten alle Abgeordneten den Abstand zueinander einhalten. Die Abgeordneten der AfD, die uns ja oft mit ihrer Ignoranz konfrontieren, schossen hier aber den Vogel ab. Sie saßen alle eng und vertraut beieinander.

Ich bin ja auch Mitglied des Petitionsausschusses, der sich alle drei Wochen trifft, um Anfragen der Bürgerinnen und Bürger zu beraten. Dieser Ausschuss funktioniert nach dem Berichterstatter-Prinzip. Jeder Abgeordnete bearbeitet Petitionen eines bestimmten Gebietes und trägt eine mögliche Lösung bzw. Antwort allen anderen in der Sitzung vor. Dann wird gemeinsam entschieden, wie verfahren wird. Es ist also notwendig, sich zu treffen, weil es eine Abstimmung gibt und diese erfordert Präsenzpflicht. Also hatten wir schon eine Sitzung mit zwei Metern Abstand zwischen den Abgeordnetenstühlen und

weiteren notwendigen Vorkehrungen. Das ist für mich, die den Händedruck und die eine oder andere Umarmung vermisst, recht gewöhnungsbedürftig.

Was ist mit Sitzungen des Landtages?

Am 1. April fand eine verkürzte Landtagsitzung statt. Nur an einem Tag, nicht an drei Tagen und mit genügend Abstand zu den Kollegen. Es ging um den Nachtragshaushalt unseres Landes Brandenburg mit dringend gebotenen Schutzmaßnahmen angesichts der Corona-Krise. Die Vorschläge der Linksfraktion dazu haben wir per Mail und Telefon abgestimmt. Mit einem Antrag forderten wir einen Soforthilfefonds und weitere Maßnahmen zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Dazu zählten:

- Soforthilfe für die Sozialverbände und Schaffung eines zum Bundeshilfsprogramm ergänzenden Schutzschirmes für die soziale Infrastruktur;
- Zahlung einer monatlichen steuerfreien Prämie in Höhe von 500 Euro für die Beschäftigten in den derzeit sensiblen Bereichen (medizinische Praxen und Pflegeeinrichtungen, Einzelhandel, Post- und Paketboten) und Versorgung dieser Beschäftigten mit Schutzausrüstung durch das Land;
- finanzielle Unterstützung für Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen und Übernahme der Betriebskosten für öffentliche Krankenhäuser für die Dauer der Krise;
- finanzielle Unterstützung für Sozial- und Kultureinrichtungen, Vereine, „Tafeln“ und andere Einrichtungen;
- Auflage eines Sofortprogramms für die Landwirtschaft;
- Landeshilfen für Berufspendler in allen systemrelevanten Bereichen (z. B. Me-

dizin und Pflege), wenn sie wegen der Reisebeschränkungen im Land Brandenburg bleiben;

- Übernahme der Kita- und Hortbeiträge sowie der Essengeldzahlungen von denjenigen Eltern, die diese Leistungen durch die Schließungen nicht in Anspruch nehmen können und Aussetzung und Übernahme der Kita-Gebühren auch für diejenigen, die in systemrelevanten Berufen arbeiten.

Leider galten die zusätzlich beschlossenen Hilfsleistungen hauptsächlich nur für Unternehmen. Unser Antrag wurde mit den Stimmen von SPD, Grünen, CDU und AfD hingegen abgelehnt. Das ist sehr bedauerlich angesichts der besonders betroffenen Beschäftigten im Niedriglohnbereich. Applaus allein reicht hier nicht.

Wie unterhältst Du notwendige Kontakte in Deinem Wahlkreis?

Die Wahlkreisbüros in Seelow und Frankfurt (Oder) haben wir vorübergehend schließen müssen, um gefährdenden Publikumsverkehr in der Pandemie zu vermeiden. Die Wahlkreismitarbeiter sind per Handy und Email zu erreichen und organisieren Hilfsangebote und beantworten Fragen, so gut es geht.

Ich bin, um genau über Probleme im Landkreis Bescheid zu wissen und sie ggf. in den Landtag tragen zu können, bei den Krisenstabssitzungen in meinem Landkreis

Märkisch-Oderland dabei. Das ist sehr hilfreich für mich. Und die Kollegen im Kreis nehmen meine Anwesenheit gern entgegen.

Vielen Dank für Dein Engagement auch in diesen besonderen Zeiten!

Wir wünschen Dir weiterhin viel Kraft und Gesundheit!



Außerordentlicher Kreistag wegen Corona

Am 25. März 2020 versammelte sich eine Mehrheit der Abgeordneten des Kreistages Märkisch-Oderland im Kulturhaus Seelow zu einer außerordentlichen Sitzung. Ziel war es, sich zur weiteren Arbeit während der Einschränkungen des öffentlichen Lebens zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu verständigen. Die Kreistagsabgeordneten konnten durch die Verlegung der Sitzung in den großen Saal des Kulturhauses den gebotenen Abstand einhalten. Zur Abstimmung stand eine Beschlussvorlage, mit der in dieser extremen Situation Aufgaben des Kreistages an den Kreisausschuss überwie-

sen werden sollten. Dieser im Vorfeld veröffentlichte Beschlussvorschlag war mit Verweis auf die Brandenburgische Kommunalverfassung, in der auch die nicht übertragbaren Zuständigkeitsbereiche des Kreistages definiert sind, seitens der Abgeordneten und verschiedener Organe auf starke Kritik gestoßen. Entsprechend lag dem Kreistag schließlich eine noch einmal überarbeitete Tischvorlage zur Abstimmung vor. Diese fand eine mehrheitliche Zustimmung aus fast allen Fraktionen. Dazu gehörte auch die Fraktion DIE LINKE, nachdem in der Diskussion klargestellt wurde: →

Bürgerbüros**Bettina Fortunato (Mdl)****Bürgerbüro Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow

Telefon: (0 33 46) 85 21 45

Telefax: (0 33 46) 85 21 47

E-Mail: buero-fortunato@t-online.de
www.bettina-fortunato.de

Geschäftsstellen**Kreisgeschäftsstelle MOL**

www.dielinke-mol.de
E-Mail: info@dielinke-mol.de

Bad Freienwalde

Grünstraße 8
16259 Bad Freienwalde
Telefon/Fax: (0 33 44) 33 45 41

Öffnungszeiten:

Die. 9.30 - 11.30 Uhr

Do. 16.00 - 18.00 Uhr

E-Mail: frw@dielinke-mol.de
www.dielinke-frw.de

Strausberg

Große Straße 45
15344 Strausberg
Telefon: (0 33 41) 31 17 96
Telefax: (0 33 41) 31 47 75

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9.00 - 12.00 Uhr

E-Mail: strausberg@dielinke-mol.de
www.dielinke-strausberg.de

LinksTreff**LinksTreff Seelow**

Breite Straße 9
15306 Seelow

Telefon/Fax: (0 33 46) 85 21 47

E-Mail: seelow@dielinke-mol.de

www.dielinke-seelow.de

Öffnungszeiten:

Mo. - Do. 9-12 Uhr

Redaktionsschluss

der nächsten Impulse:
30. April 2020

Erscheinen

der nächsten Impulse:
15. Mai 2020

IMPRESSUM

Herausgeber: Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. MOL. Zuschriften bitte an die Geschäftsstelle in Strausberg. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften bei Veröffentlichung redaktionell zu bearbeiten. Veröffentlichte und namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.

Der Druck der Zeitung „Impulse“ wird durch Spenden finanziert.

V.i.S.d.P.: Niels-Olaf Lüders, Tel. 03341-311796, **Redaktion:** Renate Adolph, renate@adolph.de,

Layout u. Satz: Fortunato Werbung, - www.fortunato-werbung.de, **Fotos/Grafiken:** DIE LINKE. MOL, privat

Fortsetzung von Seite 3

1. dass dieser Beschluss ein „Vorratsbeschluss“ für den Fall sei, dass der Kreistag wegen Ausfalls eines zu großen Teils seiner Mitglieder nicht mehr handlungsfähig sein könnte und
2. dass die fehlende Handlungsfähigkeit für eine Kreistagssitzung durch die Vorsitzende des Kreistages festgestellt werden müsse.

In einigen Diskussionsbeiträgen, auch aus der Linksfraktion, wurde außerdem unterstrichen, dass die aktuelle Situation nicht dazu führen dürfe,

- dass demokratisch gewählte Gremien vollständig von Entscheidungen der staatlichen Behörden ausgeschlossen würden – in MOL des Katastrophenschutzstabes unter Führung des Landrates – und
- dass die nach Infektionsschutzgesetz zulässige Einschränkung/Aufhebung verfassungsgemäßer Grundrechte auf Dauer wieder gewährleistet sein müssen.

Landrat, Gernot Schmidt, sicherte seinerseits zu, die Gremien des Kreistages über die aktuelle Lage und Entwicklung in Kenntnis zu halten. Ein Instrument hierfür sei der tägliche, auch öffentlich zugängliche Lagebericht des gebildeten Krisenstabes des Kreises.

Mehr Schutzbekleidung und bessere Kommunikation gefordert

Zur Abstimmung standen zudem zwei Eilanträge der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Pro Zukunft. Dem im ersten Antrag formulierten Ersuchen an den Landrat, die Kommunikation zwischen dem Gesundheitsamt des Kreises und den Wohlfahrtsverbänden, Arztpraxen und Anbietern von Hauskrankenpflege zu

verbessern, folgte der Kreistag mit Mehrheit. In der Diskussion hierzu gab es eindringliche Schilderungen der kritischen Lage hinsichtlich der Verfügbarkeit von Schutzbekleidung einschließlich Schutzmasken. Sofern Lösungen noch lange benötigten, könnte eine Gefahr für die fachgerechte Pflege von Pflegebedürftigen entstehen, äußerten Abgeordnete. Der Landrat verwies in diesem Zusammenhang auf die Pflichten der Kassenärztlichen Vereinigung bzw. der zuständigen Fachverbände zur Beschaffung der Schutzkleidung.

Der zweite Eilantrag betraf die in der Allgemeinverfügung des Landrates bestimmte Voraussetzung für eine Notbetreuung von Kindern in Kita und Grundschule.

Danach bestünde nur dann ein Anspruch, wenn beide Elternteile in „kritischen Infrastrukturen“ beschäftigt seien. In der Realität führe dies jedoch dazu, dass auch Beschäftigte in diesen Infrastrukturen – z. B. Krankenschwestern, Pflegekräfte, Kassiererinnen usw. nicht zur Verfügung stünden, weil der Partner nicht in einer kritischen Infrastruktur tätig sei.

Da der Landrat und sein 1. Beigeordneter, Reiner Schinkel, klarstellten, dass die Allgemeinverfügung auf Grund der landesrechtlichen Vorgaben nicht geändert werden könne, im Einzelfall aber gesonderte Prüfungen vorgenommen würden, wurde dieser Antrag von den Antragstellern zurückgezogen.

Die Mitglieder der Linksfraktion werden bis zur Aufhebung der Sonderregelungen zum Schutz vor Corona ihre weitere Arbeit in Telefonkonferenzen beraten.

Die nächste ordentliche Sitzung des Kreistages ist für den 17. Juni geplant.

Monika Huschenbett
Rüdersdorf

Spendenauf Ruf für die Tafeln

Gemeinsamer Aufruf Horte – Soziales Zentrum / Alternatives Jugendprojekt 1260 e.V., Kreisverband Die LINKE. Märkisch-Oderland, Stadtverband DIE LINKE. Strausberg

Liebe Nachbar*innen und Freund*innen,

wir sehen überall viele Hilfsangebote und Solidarität, was wundervoll ist. An vielen Stellen entstehen Nachbar*innenschaftshilfen und Menschen schauen, wo sie anderen Menschen helfen können. Das ist gut und wichtig, damit niemand zurückgelassen wird. Und genau das ist uns wichtig und deswegen rufen wir Sie hiermit zu Spenden für die Tafel auf.

Die Tafel hat derzeit nicht genug Lebensmittel, um Essen an Bedürftige auszugeben und das obwohl immer noch genug Helfer*innen vor Ort sind und trotz Corona ehrenamtlich mitarbeiten. Da die Supermärkte zumeist leer gekauft werden und keine Lebensmittel mehr spenden können, ist die Versorgung durch die Tafel für viele Menschen in Gefahr. Auch wenn wir verstehen können, dass Menschen sich absichern wollen, müssen wir dies solidarisch tun, sodass alle einen stetigen Zugang zu Lebensmitteln haben. Spenden Sie zusätzlich gekaufte Lebensmittel an die Tafeln in ihrer Umgebung. Le-

bensmittelspenden können auch im Horte (Peter-Göring-Str. 25 in Strausberg) abgegeben werden. Wir werden diese dann an die Tafel in Strausberg weitergeben.

Oder spenden Sie Geld, damit die Arbeit der Tafeln sichergestellt ist:

Arbeitslosenverband Strausberg

IBAN: DE50 1705 4040 3000 3185 41

Sparkasse MOL

„Spende für Tafel“

• Tafel Strausberg, Klosterdorfer Chaussee 15, 15344 Strausberg, Tel.: 0 33 41 - 21 74 61

• Ausgabestelle Hoppegarten: Rudolf-Breitscheid-Str. 35, 15366 Hoppegarten

• Ausgabestelle Rüdersdorf: Woltersdorfer Str. 14 a, 15562 Rüdersdorf bei Berlin

• Ausgabestelle Wriezen: Frankfurter Str. 69, 16269 Wriezen.

Kontoverbindung:**Volkssolidarität Oderland**

IBAN: DE07 1705 4040 3601 2987 23

Sparkasse MOL

„Tafel Seelow“

• Ausgabestelle Seelow: Breite Straße 17, 15306 Seelow.

Blieben Sie solidarisch und gesund.